



DR. ANNA KÖBBERLING, MDL

NEUES

AUS DEM LANDTAG

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

der letzte NaL stand vollständig unter dem Eindruck der coronabedingten Einschränkungen. Ich hatte in nahezu allen Beiträgen erläutert, was man darf und was man nicht darf und warum. Jetzt befinden wir uns in einer Phase der Lockerungen, und wir alle atmen ein wenig auf. Die Wieder-Öffnung der Gaststätten, wenn auch mit strengen Hygieneauflagen und Abstandsgeboten, wird ein sichtbares Zeichen der Normalisierung sein und uns allen etwas Lebensfreude zurückgeben. Viele Beschränkungen bleiben aber weiterhin, denn noch gibt es keinen Impfstoff, und wir müssen sicherstellen, dass unser Gesundheitssystem nicht überlastet wird und dadurch Menschen sterben. Und viele Menschen haben durch die Einschränkungen der letzten Monate massive Einkommensverluste erlitten. Aufgabe der Politik ist es, die Rezession so weit es geht abzuschwächen und das Wiederanlaufen der Konjunktur mit sinnvollen Maßnahmen zu unterstützen, damit

Arbeitsplätze erhalten bleiben. Dabei müssen wir alle Entscheidungen begründen und erklären können. Die Einschränkungen führen unweigerlich zu Ungerechtigkeiten. Wichtig ist, dafür eine nachvollziehbare Grundlage zu haben, alles immer wieder auf den Prüfstand zu stellen und auch nachzubessern. Darum bemühe ich mich seit Anfang der Krise den ganzen Tag. Wie ein Abgeordneteralltag in Corona-Zeiten aussieht, beschreibe ich dabei in einem gesonderten Beitrag.

Die Arbeit des Landtags und der Ausschüsse hat sich zwar sehr verändert, kam aber nicht zum Erliegen. In der letzten Landtags Sitzung am 29.4. hatten wir – im Plenum mit verringerter Zahl und auf Abstand sitzend - eine Reihe wichtiger Themen auf der (verkürzten) Tagesordnung, von denen ich hier auch berichten möchte.

Viel Spaß beim Lesen!

Ihre und Eure

Anna Köbberling

Als Abgeordnete in Corona-Zeiten

Als am Freitag, dem 13. März die Nachricht kam, dass ab dem folgenden Montag alle Schulen in Rheinland-Pfalz geschlossen würden, änderte sich auch mein Alltag als Abgeordnete. Schlagartig leerte sich der Terminkalender, und die unverzichtbaren Sitzungen (z.B. unsere Fraktionssitzung) fanden als Telefonkonferenzen statt. Im Wesentlichen ist es so bis heute: Fraktions- und Arbeitskreissitzung: als Telefonschalte. Ausschusssitzungen: als Videokonferenzen. Plenarsitzungen müssen laut Verfassung mit persönlicher Anwesenheit der Abgeordneten stattfinden, aber im Ältestenrat haben sich die Fraktionen darauf verständigt, mit verringerter Stärke zu tagen, wobei aber die Mehrheitsverhältnisse unverändert bleiben. Die anwesenden Abgeordneten tragen Mundschutz und sitzen mit einem Platz Abstand dazwischen. Die Redezeit wurde verkürzt, das Redepult wird nach jedem Beitrag desinfiziert. Wahlkreistermine finden nahezu nicht mehr statt; meine Sprechstunde halte ich als Live-Schalte über Facebook ab. Individuelle Fragen werden telefonisch oder via E-Mail gelöst. Die Mitarbeiterinnen in meinem Wahlkreisbüro befinden sich im Homeoffice. Inzwischen ist das Büro vormittags wieder geöffnet, aber es soll möglichst (außer mir) nur eine Kollegin gleichzeitig anwesend sein.

Zwar habe ich das Glück, auch zu Hause ein eigenes Arbeitszimmer zu haben, und bei Homeschooling bzw. -learning meiner Kinder werde ich auch nicht mehr gebraucht (und ich weiß sehr genau, was das anderen Eltern momentan abfordert!), aber meine Zeit wird trotzdem in vollem Umfang beansprucht. Ich befinde mich nahezu ununterbrochen in irgendeiner Kommunikation, und Vieles davon läuft gleichzeitig. Die wichtigsten Kanäle sind WhatsApp, Signal (ein etwas sicherer Social-Media-Kanal, den wir z.B. für eine Abgeordnetengruppe verwenden), Facebook, zwei E-Mail-Adressen und zwei Telefonnummern. Auf diesen Kanälen kommen die Nachrichten buchstäblich im Minutentakt und häufig gleichzeitig und wollen fast immer sofort beantwortet werden. Ständig müssen neue Informationen verarbeitet, eingeordnet und weitergegeben werden. Ein Großteil meiner Arbeit besteht auch aus Telefonaten mit Bürger*innen, sei es wegen Fragen zu den Anträgen, den Soforthilfen oder anderen Nöten. Die Grenze von Arbeit und Freizeit ist in meinem Beruf ohnehin schwer zu ziehen, sie schwimmt in diesen Zeiten allerdings völlig. Es ist mir sehr wichtig, dass wirklich jeder und jede eine Antwort bekommt, denn Transparenz ist die Voraussetzung für Akzeptanz. Dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland so gut mitgezogen haben und die Infektionszahlen dadurch beherrschbar geblieben sind, lag sicher auch daran, dass sowohl über die Presse, als auch über alle anderen Kommunikationswege immer wieder erklärt und Hintergrundwissen vermittelt wurde.



Als wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion habe ich natürlich zahlreiche Gespräche oder Emailwechsel mit Unternehmerinnen und Unternehmern, Kammern und Verbänden auf der Tagesordnung. Der Arbeitskreis Wirtschaft und Verkehr, der ebenfalls telefonisch tagt, lädt jede Woche mindestens ein Unternehmen oder einen Betriebsrat in die Telefonschalte dazu.

Durch Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern, Interessensvertretungen und Unternehmen erhalte ich auch viele Anregungen, um mich an einzelnen Stellen für Änderungen einzusetzen. So konnte ich dazu beitragen, dass das Antragsverfahren für die Grundsicherung vereinfacht wurde, habe mich sehr früh und sehr deutlich für eine Maskenpflicht eingesetzt und Maßnahmen zur Beschleunigung der Antragsbewilligung gefordert, die auch gekommen sind.

Wenn man viel Zeit am Telefon und Computer verbringt, wächst aber auch das Bedürfnis, ganz praktisch mit anzupacken. Daher habe ich sofort reagiert, als die Caritas einen Hilferuf nach Aushilfspersonal veröffentlichte. So habe ich eine Weile in der Obdachlosenhilfe in der Koblenzer Neustadt mitgeholfen – aber inzwischen hat sich die Situation dort entspannt und sehr gut eingependelt. Auch das Einkaufen für eine gefährdete Person in Metternich ist inzwischen nicht mehr nötig, denn die Zahl der Hilfsangebote übersteigt erfreulicherweise die Nachfrage.

Genau wie die meisten anderen Menschen genieße ich die schrittweisen Lockerungen, jede Fahrt nach Mainz und jede persönliche Begegnung. Dennoch müssen wir alle vorsichtig und umsichtig bleiben, um nicht noch einmal zu den harten Maßnahmen zurückkehren zu müssen.



Wiedereröffnung der Schulen

Wir alle wünschen uns wieder mehr Normalität. An den Schulen geht es jetzt in kleinen Schritten auf diese Normalität zu. Auch wenn man ganz klar sagen muss, dass es bis zu den Sommerferien keinen regulären Unterricht geben wird, wie es ihn vor der Corona-Krise gab. Das erlauben die Hygienevorgaben nicht.

Dem Lernen von zu Hause aus kommt also weiter eine große Bedeutung zu. Aber jede Schülerin, jeder Schüler soll noch vor den Sommerferientage- oder wochenweise in die Schule kommen und dort Präsenzunterricht erhalten. Schon jetzt erhalten die älteren Klassen Präsenzunterricht, der bis zum Schuljahresende fortgesetzt werden soll. Ab dem 25. Mai beginnt der Präsenzunterricht für weitere Klassen. Ab dem 8. Juni werden voraussichtlich auch Grundschüler*innen der 1. und 2. Klasse wieder in die Schule gehen.

Die Schulen haben gemeinsam mit der Landesregierung und den Schulträgern vor Ort vielfältige Maßnahmen ergriffen, damit das gewährleistet werden kann. Die Koblenzer Schülerinnen und Schüler haben vom Land 17.300 Stück wiederverwendbaren Mund-Nasen-Schutz aus Stoff erhalten. Außerdem hat das Land die Schulen mit 2.800 Litern Desinfektionsmittel und Einweg-Masken für den Fall ausgestattet, dass ein Kind seinen Mund-Nasen-Schutz mal vergessen hat. Zusätzlich sind selbstverständlich auch die Schulträger ihrer Verantwortung nachgekommen. Die Schulen sind gerüstet.

Kindertagesstätten

In Rheinland-Pfalz halten wir die Notbetreuung in kleinen Gruppen für all diejenigen offen, die keine andere Betreuungsmöglichkeit haben. Wer keine andere Möglichkeit hat, muss die Notbetreuung besuchen dürfen – unabhängig davon, in welchem Beruf er oder sie arbeitet. Niemand wird alleine gelassen. In einem nächsten Schritt wollen wir dann über einen eingeschränkten Regelbetrieb als Zwischenschritt zum vollständigen Regelbetrieb zurückkehren. Das soll so schnell wie möglich geschehen, weil frühkindliche Bildung den Grundstein für die weitere Bildungskarriere legt – das gilt natürlich insbesondere für Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf. Außerdem wird sichergestellt, dass bis zu den Sommerferien jedes Kind am Übergang zur Schule vor dem Ende seiner Kita-Zeit noch einmal die Kita besuchen kann.

Landtag schafft Voraussetzungen für mehr Carsharing im öffentlichen Raum

Der rheinland-pfälzische Landtag hat am 29. April Änderungen am Landesstraßengesetz beschlossen, mit denen mehr Carsharing im öffentlichen Raum ermöglicht werden. Das sogenannte Carsharing-Gesetz schafft die Voraussetzungen dafür, dass Kommunen für stationsbasiertes Carsharing auch auf öffentlichen Straßen Flächen ausweisen dürfen. Im Sinne einer nachhaltigen Mobilitätspolitik ist, dass Kommunen bei der Vergabe ihrer Flächen an Carsharing-Anbieter auch Umweltstandards miteinfließen lassen können. Wichtig ist zudem, dass sich nicht nur Unternehmen, sondern auch ehrenamtlich organisierte Carsharing-Initiativen an den Ausschreibungen beteiligen können.



Wir haben die Einmalbeiträge abgeschafft

Wiederkehrende Beiträge werden überall im Land zur Regel

Mit den Stimmen von FDP und Bündnis 90/Die Grünen hat die rheinland-pfälzische SPD im Landtag die Abschaffung von einmaligen Straßenausbaubeiträgen beschlossen. Damit wird ein für viele Bürgerinnen und Bürger wichtiger Systemwechsel vollzogen: Die Einmalbeiträge im kommunalen Straßenbau werden abgeschafft. Die wiederkehrenden Beiträge sollen bis 2024 überall in Rheinland-Pfalz zur Regel werden. Es wird ein solidarisches System etabliert, in dem zwar regelmäßige, aber erheblich niedrigere Ausbaubeiträge gezahlt werden. Kommunen, die auf wiederkehrende Ausbaubeiträge umstellen, erhalten eine finanzielle Unterstützung des Landes. Durch die flächendeckenden, wiederkehrenden Beiträge wird sichergestellt, dass die Entscheidungen über Sanierungen weiterhin durch die rheinland-pfälzischen Kommunen getroffen werden. In Koblenz hat die Mehrheit aus SPD, Grünen und Linken im Stadtrat dafür gesorgt, dass die Umstellung schon wesentlich früher erfolgt.

Neues Schulgesetz

Mitbestimmungsrechte von Schülerinnen und Schülern werden gestärkt

Schülerinnen und Schüler für die Demokratie zu begeistern – damit kann man nicht früh genug beginnen. Das Erlernen und Verinnerlichen unserer demokratischen Prinzipien kann ohne die Beteiligung der Schülerinnen und Schüler nicht funktionieren. Sie brauchen starke Stimmen und echte Mitbestimmung. Mit dem Gesetzentwurf hat die Landesregierung eines der modernsten Schulgesetze bundesweit vorgelegt, das im Dialog mit der Schulgemeinschaft und der Landes-schülerInnenvertretung entstanden ist. Unabhängig von der Schulform werden die Mitwirkungsmöglichkeiten und die Demokratieerziehung von Schülerinnen und Schülern konsequent gestärkt. Bei Themen, die sie direkt betreffen, sollen Schülerinnen und Schüler die gleichen Mitspracherechte wie ihre Eltern erhalten – etwa bei Fragen zu Klassenfahrten oder zur Schulentwicklung. In schulinterne Entscheidungsprozesse sollen sie künftig eng eingebunden werden. Bereits in der Grundschule sollen daher Schülervvertretungen gebildet werden. Auch die Digitalisierung soll mit dem veränderten Gesetz vorangetrieben werden. Es wurde eine Bestimmung aufgenommen, dass die Schulen zur Erfüllung ihres Bildungsauftrags auch digitale Lehr- und Lernsysteme sowie Netzwerke nutzen können. Das Lehren und Lernen mittels digitaler Plattformen wird nun erstmals auch im neuen Schulgesetz geregelt.

IMPRESSUM

Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.)
Dr. Anna Köbberling, MdL
Triererstr. 69
56072 Koblenz

Kontakt
+49 (0) 261 650 129 45
info@annakoebberling.de

Bildquellen
privat, unsplash

Layout und Gestaltung
Dennis Feldmann

Redaktion
Anna Köbberling, Ksenia Stähle,
Olivija Shterjova

Verbreitung
LT-Wahlkreis 9

Erscheinungstermin
14. Mai 2020



In Kommunen sollen Video- und Telefonkonferenz-Beschlüsse möglich werden

Die aktuelle Lage stellt die Kommunen und ihre Gremien vor große Herausforderungen: Auf der einen Seite müssen wichtige Entscheidungen getroffen werden, auf der anderen Seite sollen die Stadt-, und Gemeinderäte sowie die Kreistage darauf achten, bei ihren Sitzungen Abstands- und Hygieneregeln einzuhalten. Aus diesem Grund wurde ein Gesetzentwurf zur Änderung der Gemeinde-, Landkreis- und Bezirksordnung für die Plenarsitzung des Landtags eingereicht. Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass in den kommunalen Parlamenten künftig Beschlüsse auch per Telefon- oder Videokonferenz beziehungsweise im schriftlichen oder elektronischen Umlaufverfahren gefasst werden können.



Ein Lob der Caritas

und anderen Wohlfahrtsorganisationen

Ende April habe ich wieder in der Obdachlosenhilfe der Caritas Koblenz mitgeholfen. Es ist so wichtig, dass es diese Einrichtung gibt, wo Menschen ohne Wohnung Kaffee, eine warme Mahlzeit, eine Dusche und Wechselkleidung erhalten können! Zwar geschieht die Übergabe weiterhin nur durch ein Fenster, funktioniert aber reibungslos. Danke an die großzügigen Spender der Lebensmittel und Kleidungsstücke!

**BÜRGER
SPRECH
STUNDE
ONLINE**

**Freitag
15. Mai 2020
12:30 Uhr**

**Freitag
29. Mai 2020
14:00 Uhr**

Live über meine Facebookseite:
Einfach in den Videokomentaren Deine Frage stellen oder vorab per Mail

**SCHON
GEWUSST?**

Auf meiner Facebook-Seite sind noch mehr Informationen zu meinen Aktivitäten im Wahlkreis und im Landtag zu finden!

facebook.com/AnnaKoeberling